

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberchl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 59

Sonntag, den 17. Mai 1931

80. Jahrgang

Um die außerordentliche Sejmession

Wichtige Beratungen beim Staatspräsidenten — Die Entscheidung liegt bei Marschall Pilsudski — Kritische Stimmung im Kabinett

Warschau. Unterrichtete Kreise wollen wissen, daß seit der Rückkehr Matuszewski's aus Stockholm im Kabinett eine kritische Stimmung Platz gegriffen hat und daß der Finanzminister bereits bei seinem ersten Besuch bei Pilsudski die Bitte ausgesprochen habe, daß die 15-prozentige Gehaltserhöhung auch auf das Militär ausgedehnt werden müsse, wenn das Budget ohne Defizit erhalten werden solle. Pilsudski soll sich die Entscheidung noch vorbehalten haben. Zu diesem Thema haben nunmehr eine Reihe von Beratungen im Kabinett stattgefunden, ohne das bisher ein praktisches Resultat erzielt worden ist. Der Marschall hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Staatspräsidenten, die sich auf die Einberufung der außerordentlichen Sejmession bezog. Bekanntlich ist Pilsudski gegen eine außerordentliche Sejmession, weil er der Opposition keine Gelegenheit geben will, an den Maßnahmen der Regierung Kritik zu üben. Im Kabinett ist die überwiegende Meinung für eine Sejmession, weil eine Reihe wichtiger Vorlagen zu erledigen sind und weil eine

solche außerordentliche Sejmession gerade vom Regierungslub gefordert wird, in welchem seit einiger Zeit die Meinungen weit auseinandergehen. Wie die Gegensätze im Kabinett selbst überwinden werden, ist heute noch nicht zu übersehen, aber von einem Bruch zwischen Pilsudski und einigen Ministern zu reden ist gänzlich verfehlt. Pilsudski führt nach wie vor das Kabinett und er allein entscheidet, was in nächster Zukunft unternommen wird. Ob die Sejmession stattfinden wird oder nicht, darüber liegt die Entscheidung bei Pilsudski. Auch über die Umbildung des Kabinetts ist besprochen worden, aber auch da eine Entscheidung noch nicht getroffen. Ministerpräsident Slawek hatte sowohl mit Matuszewski, als auch mit anderen Mitgliedern des Kabinetts längere Unterredungen zur wirtschaftlichen und politischen Lage. Am Sonnabend ist eine weitere Konferenz zwischen Pilsudski und Slawek vorgezogen, wo endgültig über die außerordentliche Sejmession entschieden werden soll.



Oesterreichs größte Bank muß saniert werden

Baron Louis von Rothschild, der Präsident der Oesterreichischen Kreditanstalt.

Die Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, die größte Privat-Aktienbank Oesterreichs, hat so schwere Verluste erlitten, daß sie vom Staate saniert werden muß. Sie verlor nicht nur das gesamte Aktienkapital in Höhe von 125 Millionen Schilling sondern auch den größten Teil des Reservefonds. Zur Sanierung der Bank sind vom Staate 100 Millionen Schilling, von der Oesterreichischen Nationalbank und dem Hause Rothschild je 30 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Schärfster Druck auf Deutschland

Nach der Außenministerbesprechung in Genf — Oesterreich und Deutschland sollen die Zollunion aufheben — Briand für Verweisung nach dem Haag

Genf. In der am Freitag stattgefundenen Unterredung zwischen Curtius, Henderson, Briand und Grandi ist, wie wir erfahren, nach Uebereinstimmung gewisser Gegensätze vereinbart worden, daß in der Sonnabendssitzung des Europäischen Ausschusses die grundsätzliche Aussprache über die großen wirtschaftspolitischen Fragen stattfinden soll. In dieser Aussprache werden der deutsche und der österreichische Außenminister entsprechend dem deutschen Antrag auf die grundsätzliche Frage der Orientierung der europäischen Zollpolitik, die Fragen der Präferenzen und der Regionalverträge eingehen. Hierbei wird von deutscher Seite in einer größeren Rede auch die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den wirtschaftlichen Problemen Europas, insbesondere den bisher im Völkerbund behandelten zollpolitischen Fragen dargelegt werden.

In diesem Zusammenhang wird sodann von deutscher Seite auch das Ziel und das Wesen des deutsch-österreichischen Zollabkommens im Rahmen der Gesamtbestrebungen für regionale, wirtschaftliche Verständigung und Senkung der Zollerise dargelegt werden. Es wird angenommen, daß der Europäische Ausschuss einen Sonderauschuss einsetzen wird, in dessen Händen die weitere Prüfung der verschiedenen vorliegenden Pläne liegen soll.

Briand erklärte am Freitag Pressevertretern, daß über die Rechtsfrage bezüglich der Uebereinstimmung des deutsch-österreichischen Zollprotokolls mit den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922 ein Rechtsgutachten vom Haager Gerichtshof eingeholt werden würde. In der heutigen Unterredung der vier Außenminister seien die vorliegenden Pläne, nämlich der französische und der italienische Plan, sowie das deutsch-österreichische Zollabkommen zur Erörterung gelangt.

Genf. Die Freitag-Beratung der vier Außenminister der europäischen Großmächte über die Gestaltung des weiteren Programms der gegenwärtigen Tagungen war langwierig und mühsam. Obwohl von beiderseitiger Seite strenges Stillschweigen bewahrt wird, hat man den Eindruck, daß in dem wichtigsten Punkt des Programms, nämlich der deutsch-österreichischen Zollfrage eine Einigung wenigstens über die weitere formelle Behandlung erzielt worden ist. Es scheint, daß der Schwerpunkt der Angelegenheit in den Völkerbundsrat verlegt werden soll, wo lediglich die juristische Seite der Frage zur Debatte steht. Dem deutschen Außenminister ist es entgegen dem seit Tagen hinter den Kulissen spielenden Manöver gelangen, bereits für Montag die Behandlung in öffentlicher Aussprache im Rat herbeizuführen. Man hat am Schluß des ersten Verhandlungstages den Eindruck, daß die seit Monaten angekündigte politische Generaloffensive gegen das deutsch-österreichische Projekt sich nicht oder jedenfalls nicht in der erwartenden Stärke entwickeln können, sondern daß vielmehr die Diskussion in ruhige Bahnen einlenken und mit der Ueberweisung der Angelegenheit zur juristischen Begutachtung an den Haager Gerichtshof enden wird.

Von englischer und französischer Seite wird ein ungewöhnlich starker Druck auf die deutsche und die österreichische Regierung ausgeübt, um sie zu einer Ausgabe des Zollabkommens zu bewegen. Auf deutscher Seite wird aber ausdrücklich geltend gemacht, daß sich an der Haltung der deutschen und der österreichischen Regierung zu den Zollplänen nicht das Geringste geändert habe und diese Tatsache in den veranlaßten Verhandlungen der Außenminister auch in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden sei.

Die polnische Oberschlesien-Note

Genf. Ueber die am Donnerstag in Genf überreichte Note der polnischen Regierung, die die Durchführung der Januar-Beschlüsse des Völkerbundsrates über die Schutzmaßnahmen in Oberschlesien behandelt, erfährt die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite, daß der außerordentlich umfangreiche Bericht aus einer kurzen einleitenden Note und zwei Teilen besteht.

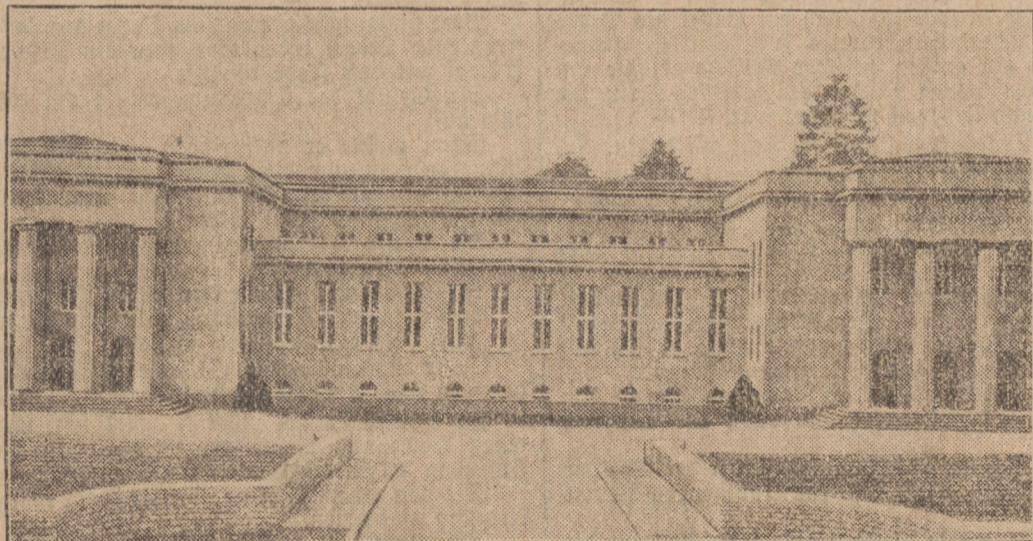
Im ersten Teil berichtet die polnische Regierung über die Regelung der zahlreichen Einzelbeschwerden, die der Deutsche Volksbund in seiner im Januar dem Völkerbundsrat überreichten Note vorgebracht hatte. Der zweite Teil, der wesentlich länger gefaßt ist, schildert die allgemeinen Maßnahmen der poln. Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien. Der Bericht ist bisher noch nicht in die Hände der deutschen Abordnung gelangt, so daß eine Stellungnahme von deutscher Seite bisher nicht möglich war.

Die sowjetrussische Abordnung in Genf

Genf. Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow ist am Freitag nachmittag an der Seite einer größeren Abordnung in Genf eingetroffen. Die Schweizer Polizeibehörden haben zur Bewachung der sowjetrussischen Vertreter außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Das Hotel „Metropole“ wird innen und außen von zahlreichen Sicherheitsbeamten bewacht.

Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Oesterreich

Wien. Der Entschluß der Regierung, der Kreditanstalt in ausgiebiger Weise zu Hilfe zu kommen, hat zwar die österreichische Wirtschaft vor einer Katastrophe bewahrt, die innerpolitische Lage jedoch wesentlich verschlechtert. Wie bekannt, spielt in dem Sparprogramm der Regierung die Sonderbesteuerung der Besoldeten in irgend einer Form eine maßgebende Rolle. Die Verhandlungen darüber haben sich in letzter Zeit immer schwieriger gestaltet. Die Tatsache, daß es notwendig war, von staatswegen für die Kreditanstalt nicht nur fast 50 Millionen Schilling zur Erwerbung neuer Aktien aufzuwenden, sondern auch den Instituten über 41 Millionen Schilling zur Deckung des Verlustes glatt zu zahlen, hat jetzt in den Verhandlungen alle Hindernisse so vergrößert, daß eine kritische Zuspitzung der innerpolitischen Lage im Laufe der nächsten Woche im Bereich der Möglichkeit steht.



Das neue Herz-Forschungs-Institut in Bad Nauheim

Im Bad Nauheim ist ein Institut zur Erforschung und Bekämpfung der Herzkrankheiten erbaut worden, das in den nächsten Tagen eingeweiht wird. Die Mittel für den Bau des Instituts wurden von einer Amerikanerin, Frau Louise Kerschhoff aus Los Angeles, gestiftet.

